

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1985

Die Lage der Weltwirtschaft	477
Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik Deutschland	483

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 42-43/85

Berlin

24. Oktober 1985

52. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1985

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Kiel am 18. Oktober 1985

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Aufwärtstendenz der Weltkonjunktur setzte sich in diesem Jahr fort, das Tempo blieb indes mäßig. Das reale Bruttosozialprodukt stieg in den USA und in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften mit einer Jahresrate von etwa 2½ vH; merklich stärker war die Expansion lediglich in Japan. Immerhin nahm die Beschäftigung nunmehr auch in Westeuropa etwas zu, die Arbeitslosigkeit blieb aber unverändert hoch. Der Preisauftrieb ließ weiter nach; dies wurde insbesondere in den westeuropäischen Ländern dadurch begünstigt, daß der Kurs des Dollar

deutlich sank. Die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten gingen weiter zurück.

Die Wachstumsbedingungen haben sich in den Industrieländern zumindest so weit gebessert, daß es auch nach dem Abklingen wirtschaftspolitischer Nachfrageanregungen nicht zu einer ausgeprägten wirtschaftlichen Schwäche gekommen ist. Allerdings sind bei einem Wachstumstempo, wie es gegenwärtig zu beobachten ist, nur langsame Fortschritte bei der Lösung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern zu er-

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

	Gewicht in vH	Sozial- produkt			Verbraucher- preise		
		1984	1985	1986	1984	1985	1986
Bundesrepublik Deutschland	8,7	2,7	2¼	3	2,4	2	2
Frankreich	7,0	1,5	1	2	7,4	6	5
Großbritannien	6,1	2,7	3½	2½	5,0	6½	5½
Italien	4,7	2,6	2½	2½	10,8	9	8
Spanien	2,1	2,2	2	2½	11,3	9	7½
Niederlande	1,8	1,7	2	2½	3,3	2½	2
Schweiz	1,3	2,1	3½	3	2,9	3½	2
Schweden	1,2	3,1	1½	1½	8,0	7½	6
Belgien	1,1	2,2	1½	2	6,3	5	4
Österreich	0,9	2,2	3	3	5,6	3½	3
Dänemark	0,8	4,0	2½	2½	6,3	5	3½
Norwegen	0,7	3,8	3	3	6,2	5½	5
Westeuropa ²	36,4	2,4	2,3	2,5	6,0	5,4	4,6
USA	43,8	6,8	2½	3	4,3	3½	4½
Japan	15,5	5,8	4½	4	2,2	2	2
Kanada	4,3	5,0	4	3	4,3	4	4
Insgesamt ²	100,0	5,0	2,8	3,0	4,6	4,0	4,1
Nachrichtlich: Insgesamt ³							
		2,8	2,3	2,4	6,0	5,2	4,5

¹ Veränderungsdaten für 1985 und 1986 geschätzt. — ² Summe der aufgeführten Länder. Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1983. — ³ Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1983.

warten. Die internationalen Verschuldungsprobleme drohen sich sogar wieder zu verschärfen.

Die Geldpolitik war 1985 in den einzelnen Industrieländern unterschiedlich ausgerichtet. In Westeuropa und in Japan überwog die Stabilitätsorientierung. In den USA verfolgte die Zentralbank vorrangig das Ziel, die Konjunktur durch eine Ermäßigung des Zinsniveaus und eine Abwertung des Dollars zu stützen, zumal als Folge der hohen Importe der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen immer lauter wurde. Im Herbst ergriff die amerikanische Regierung die Initiative, mit anderen Ländern zusammen an den Devisenmärkten gegen den Dollar zu intervenieren, obwohl der Dollar seinen Höhepunkt bereits im Frühjahr überschritten hatte. Der Wechselkurs wurde damit offenkundig eine wichtige Orientierungsgröße der Wirtschaftspolitik auch in den USA; das Ziel, die Geldmengenexpansion im Hinblick auf längerfristige Stabilisierungsziele in Grenzen zu halten, trat nicht zuletzt angesichts des immer noch moderaten Preis- und Kostenanstiegs etwas in den Hintergrund.

Für die anderen Industrieländer änderte sich mit der Wende an den Devisenmärkten ein wichtiges außenwirtschaftliches Datum. Einerseits hat sich die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Anbietern aus dem Dollarraum verringert, wengleich sie nach der überaus starken Aufwertung des Dollars in den letzten Jahren noch immer relativ hoch ist. Andererseits verlor ein Faktor an Bedeutung, der

eine stetige und potentialorientierte Geldpolitik immer wieder erschwert hatte; die Eindämmung der Inflation wurde nunmehr durch die wechselkursbedingte Verbilligung von Importen unterstützt. Das Zinsniveau ist fast überall weiter gesunken, zumeist allerdings nur wenig mehr als die Inflationsraten.

Obwohl der Dollarkurs auf ein Niveau gefallen ist, das den fundamentalen Bedingungen besser zu entsprechen scheint, besteht Unsicherheit über seine weitere Entwicklung. So ist die künftige Wirtschaftspolitik in den USA schwer abzuschätzen. Das gilt für die Finanzpolitik im Hinblick auf die Konsolidierung sowie auf die geplante Steuerreform, und es gilt für die Geldpolitik; hier ist unsicher, wie ernsthaft sie das Stabilitätsziel verfolgen wird. Indes spricht einiges dafür, daß die amerikanische Zentralbank die Geldmenge in nächster Zeit nicht mehr so rasch ausweiten wird wie bisher. Vor diesem Hintergrund wird für die Prognose angenommen, daß nach dem „Überschießen“ des Dollarkurses bis zum Frühjahr 1985 und der nachfolgenden Rückbildung nunmehr ein Niveau erreicht ist, von dem aus es in absehbarer Zeit — wenn auch bei vorübergehenden Ausschlägen — weder zu einem starken Wiederanstieg noch zu einem markanten weiteren Rückgang kommt. In den meisten anderen Industrieländern dürfte der potentialorientierte Kurs der Geldpolitik beibehalten werden. Die Finanzpolitik wird in der Regel bestrebt bleiben, die Konsolidierung des Staatshaushalts fortzusetzen.

Bei diesen Rahmenbedingungen werden Nachfrage und Produktion in den Industrieländern auch im Jahre 1986 in mäßigem Tempo weiter steigen. Dabei zeichnet sich für die USA nach der schwachen Expansion seit Mitte 1984 eine wieder etwas stärkere Aufwärtsentwicklung ab. In Westeuropa und in Japan wird die konjunkturelle Besserung mehr als bisher von den internen Auftriebskräften getragen werden; die Anlageinvestitionen werden zumeist weiter zügig steigen, der private Verbrauch wird etwas stärker expandieren als bisher. Dabei wirkt sich auch die wechselkursbedingte Verbesserung der Terms of Trade aus, die im ersten Schritt die heimischen Realeinkommen begünstigt. Dagegen werden die externen Nachfrageimpulse für Westeuropa und Japan nur mäßig sein. Insgesamt ist für die Industrieländer, bei eingebnetem Konjunkturgefälle, für dieses wie für nächstes Jahr ein Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um jeweils etwa 3 vH wahrscheinlich.

Weiterhin drückende Verschuldungsprobleme

Seitdem sich das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern mit dem Ende des Booms in den USA verlangsamt hat, ist die Lösung der Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer wieder schwieriger geworden. Deren Exporte sind bereits merklich schwächer gestiegen. Hinzu kommt eine erhebliche Verschlechterung

der Preisrelationen im Außenhandel. Die Weltmarktpreise der Rohstoffe — damit jener Güter, die nach wie vor den größeren Teil der Ausfuhr von Entwicklungsländern bilden — sind seit Mitte 1984 deutlich gefallen. Gleichzeitig haben sich für die meisten Entwicklungsländer die Importe aus anderen Ländern als den USA mit der Abwertung des Dollars verteuert. Diese Einflüsse werden durch den bisherigen Rückgang des Zinsniveaus auf den internationalen Finanzmärkten lediglich zum Teil ausgeglichen. Unter diesen Umständen nimmt die Gefahr zu, daß die Entwicklungsländer die Einfuhr wieder drosseln, und zwar auch von solchen Gütern, die für das Wirtschaftswachstum notwendig sind.

Die vorangegangene Milderung der Verschuldungsprobleme war in hohem Maße durch günstige externe Einflüsse bedingt, namentlich durch den Boom in den USA von Anfang 1983 bis Mitte 1984. Viele Entwicklungsländer stehen weiterhin vor großen internen Problemen. Wie brisant die Situation ist, zeigt sich am deutlichsten an der anhaltend hohen Inflation und der gravierenden Unterbeschäftigung. Die Investitionen dürften zumeist bis in die jüngste Zeit zurückgegangen sein.

Offensichtlich reicht ein Wirtschaftswachstum von jährlich 3 vH in den Industrieländern für eine Besserung nicht aus, wenn die Entwicklungsländer bei den Stabilisierungs- und Anpassungsprozessen nicht vorankommen und die Industrieländer ihre Märkte nicht weiter öffnen, sondern protektionistische Barrieren erhöhen. Je länger Lösungen hinausgezögert werden, desto größer ist der Bedarf an neuen Finanzmitteln für die Entwicklungsländer, wenn eine Zuspitzung vermieden werden soll, die in diesen Ländern nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Krise auslösen, sondern auch das internationale Finanzsystem erschüttern würde.

Die Kreditgeber waren in den letzten Jahren vor allem bemüht, den Zusammenbruch von Kreditketten abzuwenden. Das bisher vorherrschende Krisenmanagement mußte zunehmend durch eine zwischen Gläubigern und Schuldner abgestimmte längerfristige Konsolidierungsstrategie abgelöst werden. Dabei ist den von Land zu Land sehr unterschiedlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. In vielen Fällen müßten Gläubiger und Schuldner über Zins- und Tilgungsmodalitäten neu verhandeln.

Um in den Entwicklungsländern ein stärkeres Wachstum zu ermöglichen, kommt es darauf an, den Kapitaltransfer aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer wieder zu erhöhen und auf Dauer zu sichern. Dabei besteht jedoch das Problem, daß die politische Situation in einer Reihe von Schuldnerländern nicht stabil ist und daß die ökonomischen Fehlentwicklungen sehr verfestigt sind. Wirtschaftspolitische Reformen sind unvermeidbar, sollen sich die Schwierigkeiten nicht noch weiter vergrößern. Das Problem der Inflation kann nur durch eine Kursänderung in der Geld- und Finanzpolitik bewältigt werden, nachdem in der Vergangenheit große

Haushaltsdefizite entstanden waren, die vorwiegend durch Geldschöpfung finanziert wurden. Rascher könnten die Probleme gelöst werden, wenn Eingriffe, die Investitionen erschweren und eine effiziente Nutzung der Ressourcen in den betroffenen Ländern behindern, unterlassen werden.

Dieser Anpassungsprozeß in den Entwicklungsländern muß durch einen allgemeinen Abbau von Handelsbarrieren begleitet werden. Neue Initiativen der großen Industrienationen und der internationalen Organisationen zur Liberalisierung des Welthandels sind daher dringend erforderlich; sie würden die Wachstumsbedingungen weltweit verbessern.

Verhaltene Expansion in den USA

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat sich erheblich verlangsamt. Seit Mitte 1984 steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch mit einer Jahresrate von 2 vH. Damit besteht zur übrigen Welt kein Konjunkturgefälle mehr. Die Nachfrageimpulse für die Weltwirtschaft haben nachgelassen, der Anstieg der Importe verringerte sich deutlich. Im Verlauf dieses Jahres hat die Beschäftigung nur noch wenig zugenommen; die Arbeitslosenquote verharrt bei rund 7 vH. Der Preisauftrieb blieb insgesamt verhalten. Die Verbraucherpreise stiegen bis zuletzt mit einer Jahresrate von etwa 3½ vH, die Erzeugerpreise blieben sogar nahezu stabil.

Die Unternehmensinvestitionen steigen in diesem Jahr mit einer Jahresrate von 5 vH; damit entwickeln sie sich deutlich weniger dynamisch als in den beiden Jahren zuvor, als Steuern gesenkt und Abschreibungen erleichtert worden waren. Offenbar haben die hohen Fremdfinanzierungskosten an Einfluß gewonnen. Die Realzinsen sind trotz des Rückgangs der Nominalzinsen in letzter Zeit immer noch recht hoch. Zudem dürften die Investoren durch die kontroverse Debatte über die geplante Steuerreform, über Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und über mögliche handelspolitische Konflikte verunsichert sein. Gebremst wurde der Produktionsanstieg nicht zuletzt dadurch, daß die Unternehmen ihre Lagerbestände langsamer erhöhten. Die konjunkturelle Expansion wurde auch in diesem Jahr vom privaten Verbrauch mitgetragen. Die Sparquote hat zuletzt einen neuen Tiefstand erreicht.

Von der Finanzpolitik gingen nur noch geringe Nachfrageimpulse aus. Das Defizit im Bundeshaushalt hat in diesem Jahr konjunkturbereinigt wenig zugenommen. Deutlich expansiv ist die Geldpolitik ausgerichtet. Seit dem Herbst 1984 steigt die Geldmenge M1 mit einer Jahresrate von mehr als 10 vH. Das Expansionstempo liegt weit über den Zielvorgaben der Zentralbank. Als die Überschreitung im Frühjahr offensichtlich wurde, hat sie ihr Geldmengenziel deutlich heraufgesetzt: Ausgehend von der neuen, merklich erhöhten Basis sollte M1 vom

zweiten bis zum vierten Quartal 1985 um 3 bis 8 vH zu nehmen. Aber auch die neue Vorgabe ist nicht eingehalten worden.

Die Zentralbank befindet sich auf einer Gratwanderung: Einerseits will sie die wirtschaftliche Aktivität mit niedrigeren Zinsen und niedrigerem Dollarkurs wieder in Schwung bringen; dies hat sie auch zum Ausdruck gebracht, als sie im Mai den Diskontsatz nochmals senkte. Andererseits wäre eine anhaltend starke monetäre Expansion aller Erfahrung nach nicht vereinbar mit einer niedrigen Inflationsrate. Daher dürfte sie in nächster Zeit versuchen, den Anstieg der Geldmenge wieder zu dämpfen. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß sie die Expansion abrupt bremst, da die konjunkturelle Situation unsicher ist, immer noch Schwierigkeiten im amerikanischen Bankensystem bestehen und mit einem niedrigen Dollarkurs den protektionistischen Bestrebungen entgegen gewirkt werden soll.

In den nächsten Monaten wird sich die wirtschaftliche Aktivität vor allem als Folge der bisherigen expansiven Geldpolitik vermutlich wieder etwas verstärken. Dagegen dürften die Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen, die sich für das Haushaltsjahr 1986 abzeichnen, die Nachfrage vorübergehend dämpfen. Die Steuerreform dürfte nicht so schnell verabschiedet werden, daß sie auf die konjunkturelle Entwicklung 1986 noch nennenswerten Einfluß haben wird. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr um etwa 3 vH zunehmen. Die Arbeitslosenquote verringert sich dabei allenfalls leicht. Der Preisauftrieb dürfte sich als Folge der expansiven Geldpolitik und der kräftigen Abwertung des Dollars verstärken. Die Verbraucherpreise werden 1986 wohl um 4½ vH steigen, nach 3½ vH in diesem Jahr.

Anhaltender Aufschwung in Japan

Die konjunkturelle Expansion der japanischen Wirtschaft hat sich leicht verlangsamt. Ausschlaggebend dafür war die deutliche Abflachung des Exportanstiegs. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im Laufe dieses Jahres mit einer Rate von etwa 4 vH zu; im Jahre 1984 hatte der Anstieg 6 vH betragen. Die gewerblichen Investitionen erhöhten sich kräftig. Auch wurde der private Konsum von einer etwas stärkeren Expansion der verfügbaren Einkommen angeregt. Die Verbraucherpreise stiegen nach wie vor nur wenig. Der Leistungsbilanzüberschuß war im ersten Halbjahr mit saisonbereinigt 21,5 Mrd. US-Dollar nochmals höher als zuvor, da die Importe — insbesondere unter dem Einfluß verringerter Öleinfuhren — kaum noch stiegen und sich die Terms of Trade bei sinkenden Rohstoffpreisen und der Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar deutlich besserten.

Auch im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr wird die Ausfuhr bei dem verhaltenen Konjunkturanstieg in den USA und in Südostasien sowie den Ver-

schuldungsproblemen vieler Entwicklungsländer in nur relativ mäßigem Tempo zunehmen, zumal nach der jüngsten Aufwertung des Yen die Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr ganz so günstig ist. Die Wirtschaftspolitik dürfte an Konsolidierungskurs und Stabilitätsorientierung festhalten und daher die Inlandsnachfrage in absehbarer Zeit nicht nennenswert anregen. Der Anstieg der gewerblichen Investitionen wird sich vor allem wegen der ungünstigeren Exportaussichten etwas verlangsamen; stützend dürften die — vor allem wegen der gemäßigten Lohnpolitik — relativ günstigen Ertragserwartungen wirken. Da die verfügbaren Einkommen wohl in nur wenig veränderten Tempo zunehmen werden und nicht mit einer Verringerung der Sparneigung der privaten Haushalte zu rechnen ist, wird der private Verbrauch kaum stärker als bisher expandieren. Insgesamt wird das reale Bruttosozialprodukt 1985 voraussichtlich um 4½ vH höher sein als im Vorjahr und 1986 um rund 4 vH steigen. Die Verbraucherpreise werden sich in beiden Jahren um nur 2 vH erhöhen. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte 1985 etwa 45 Mrd. US-Dollar erreichen und 1986 kaum darunter liegen.

Fortsetzung der konjunkturellen Erholung in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Erholung fortgesetzt und etwas an Breite gewonnen. Die Beschäftigung ist nach jahrelangem Rückgang in einer Reihe von Ländern wieder gestiegen; die Arbeitslosigkeit blieb indes unverändert hoch. Der Preisauftrieb verringerte sich weiter; hierzu trug vor allem der deutliche Rückgang des Dollarkurses seit dem Frühjahr bei.

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen in den meisten Ländern zügig an, da sich die Ertragslage der Unternehmen weiter verbesserte, die Zinsen sanken und die Absatzerwartungen günstig blieben. Zwar überwiegen nach wie vor deutlich die Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen; zunehmend wichtig wurde es aber im Urteil der Unternehmen, die Produktionskapazitäten auszuweiten. Der in einigen Ländern seit Jahren andauernde Rückgang des Wohnungsbaus ist offenbar zum Stillstand gekommen; jedoch liegt die Bautätigkeit im Jahresdurchschnitt noch deutlich unter dem Vorjahresniveau. Die öffentlichen Investitionen sanken im allgemeinen kaum noch, teilweise stiegen sie sogar wieder.

Der private Verbrauch hat sich leicht belebt: Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erhöhten sich nicht zuletzt deshalb stärker als bisher, weil die Beschäftigung deutlicher stieg. Zudem dürfte die Sparquote bei sinkenden Zinsen und verbesserten Beschäftigungsaussichten weiter gesunken sein. Nach längerer Flaute nahm der Konsum auch in Frankreich und in den Niederlanden zu. Besonders lebhaft expandierte er in Großbritannien, Italien und Norwegen.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder hat etwas an Dynamik verloren. Besonders ausgeprägt stieg nach wie vor der Export von Investitionsgütern. Die Lieferungen nach Nordamerika erhöhten sich zwar nicht mehr so rasch wie vorher, aber immer noch überdurchschnittlich stark. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder ging weiter zurück. Die Lieferungen in die übrigen Entwicklungsländer nahmen kaum noch zu, während sich die verhaltene Erholung des Exports in die Staatshandelsländer fortsetzte. Der innereuropäische Handel expandierte weiter zügig. Der Überschuß der zusammengefaßten Leistungsbilanz Westeuropas hat sich im Laufe des Jahres erhöht, im wesentlichen bedingt durch eine Verbesserung der Terms of Trade infolge des sinkenden Dollarkurses und der Schwäche der Rohstoffpreise. Wichtigste Ausnahme war Italien; dort stieg das Leistungsbilanzdefizit als Folge der inflationsbedingten Schwächung der Konkurrenzfähigkeit in den letzten Jahren weiter an.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich insgesamt etwas verbessert. In einigen Ländern erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten spürbar. Die Kurzarbeit ging deutlich zurück, und die Zahl der offenen Stellen stieg leicht an. Dennoch blieb die Zahl der Arbeitslosen hoch. Das Angebot an Arbeitskräften nahm nicht nur aus demographischen Gründen zu, sondern auch deshalb, weil die Erwerbsneigung wieder wuchs; die höhere Nachfrage nach Arbeitskräften ermutigte offenbar mehr Personen zur Suche nach einem Arbeitsplatz.

Der Preisauftrieb verlangsamte sich weiter; das Gefälle der Teuerungsraten der privaten Lebenshaltung — zuletzt fast 9 vH in Italien und etwa 2 vH in der Bundesrepublik Deutschland — hat sich nur wenig verringert. Die Stabilisierung wurde durch die Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar begünstigt. Diese beträgt seit dem Frühjahr reichlich 20 vH. Wichtiger noch als der Rückgang der Preise für Importgüter aus den USA war die wechselkursbedingte Verbilligung der in Dollar gehandelten Rohstoffe, insbesondere des Erdöls. Zuletzt waren die Einfuhrpreise vielfach etwas niedriger als vor Jahresfrist. Bei der in den meisten Ländern weiterhin mäßigen Ausweitung der Geldmenge und einem anhaltend intensiven Wettbewerb wirkte sich dies rasch auf die Verbraucherpreise aus, zumal der inländische Kostenauftrieb relativ gering blieb. Der Lohnanstieg hat sich in mehreren Ländern weiter vermindert; insbesondere in Frankreich, Belgien, Schweden und Dänemark wurde dies auch mit Hilfe einkommenspolitischer Maßnahmen erreicht. Dagegen haben sich die Löhne in Großbritannien und in Italien wieder rascher erhöht.

Die Geldpolitik dürfte in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften darauf ausgerichtet bleiben, den Preisauftrieb weiter zurückzuführen, zugleich aber genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein angemessenes Wachstum des realen Sozialprodukts zu ermöglichen. Die Finanzpolitik wird in den meisten westeuropäischen Ländern auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

bedacht bleiben. Einige Regierungen sehen aber offenbar Spielraum, die öffentlichen Investitionen wieder etwas zu steigern. In mehreren Ländern wurden für das nächste Jahr auch Steuererleichterungen beschlossen.

Im Jahre 1986 dürften Nachfrage und Produktion in Westeuropa insgesamt etwas stärker zunehmen als im laufenden Jahr. Die Ausrüstungsinvestitionen werden weiter deutlich steigen, die Bautätigkeit wird sich allmählich beleben. Aufgrund einer leicht beschleunigten Zunahme der realen verfügbaren Einkommen ist ein verstärkter Anstieg des privaten Verbrauchs zu erwarten. Der Staatsverbrauch nimmt weiterhin verhalten zu. Die Ausfuhr in die übrige Welt wird langsamer steigen; eher etwas rascher wird hingegen wohl der Handel innerhalb Westeuropas expandieren.

Das reale Sozialprodukt wird unter diesen Umständen 1986 im Durchschnitt der westeuropäischen Länder um etwa 2½ vH zunehmen, nach einem etwas geringeren Anstieg in diesem Jahr. Dabei dürfte einer leichten Verlangsamung der Expansion in Großbritannien eine etwas stärkere Zunahme von Nachfrage und Produktion vor allem in der Bundesrepublik und in Frankreich gegenüberstehen. Die Beschäftigung wird sich in vielen Ländern allmählich weiter erhöhen; bei weiter wachsendem Erwerbspersonenpotential und steigender Erwerbsbeteiligung geht die Arbeitslosenquote jedoch kaum zurück. Der Preisanstieg wird sich in Westeuropa von etwa 5½ vH in diesem Jahr auf rund 4½ vH in 1986 verringern.

Weiterhin gedrückte Rohstoffpreise

Bei schwacher Nachfrage und reichlichem Angebot gaben die Notierungen für die wichtigsten Industrierohstoffe auf den Weltmärkten weiter nach. Zwar war das auf Dollarbasis gemessene Preisniveau im Herbst etwa so hoch wie im Frühjahr, doch haben sich die Rohstoffe aufgrund der starken Abwertung des Dollars für die meisten Länder außerhalb des Dollarraumes erheblich verbilligt. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Preise für Nicht-Eisen-Metalle.

Angesichts des verhaltenen Konjunkturaufschwungs in den Industrieländern wird der Rohstoffverbrauch nur wenig steigen. Auch werden die Verarbeiter ihre zurückhaltende Lagerpolitik vermutlich fortsetzen. Bei den Anbietern der agrarischen Industrierohstoffe Baumwolle, Wolle und Naturkautschuk sind die Bestände so hoch, daß es trotz sich abzeichnender Produktionsrückgänge nicht zu Verknappungen kommen wird. Auch das Angebot an NE-Metallen wird reichlich bleiben, da die Erzeuger, entgegen verschiedentlichen Ankündigungen von Produktionseinschränkungen, darauf bedacht sind, die Kapazitäten besser zu nutzen. Insgesamt dürften die Preise für Industrierohstoffe unter Druck bleiben.

Erdöl hat sich außerhalb des Dollarraumes infolge der Abwertung des Dollars erheblich verbilligt. Auf den Spot-

Märkten für Erdöl sind die Preise infolge der Befürchtung, daß sich der Golf-Krieg zuspitzt, in letzter Zeit gestiegen, so daß sich der Abstand zu den offiziellen Exportpreisen verringerte. Das Angebot an Öl erhöht sich trotz der Förderbeschränkungen der OPEC, weil andere Länder ihre Produktion steigern. Der Erdölverbrauch in den westlichen Industrieländern wird bei dem erwarteten verhaltenen Wachstum nicht zunehmen, da weiterhin Energie eingespart und Öl substituiert wird. Die Nachfrage wird wohl dennoch künftig etwas steigen, da weniger als bisher auf Lagerbestände zurückgegriffen werden dürfte. Insgesamt ist unter der Annahme, daß der Golf-Krieg nicht zu größeren Angebotsausfällen führt, ein Anstieg der Erdölpreise unwahrscheinlich.

Die Weltmarktpreise für Nahrungs- und Genußmittel sind in den letzten Monaten weiterhin deutlich gesunken. Besonders stark gaben die Notierungen für Ölsaaten, pflanzliche Öle, Mais, Weizen und Kaffee nach. Die voraussichtliche Angebots- und Nachfrageentwicklung läßt indes erwarten, daß es in nächster Zeit nur noch zu einem leichten Rückgang des Preisniveaus auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel kommt.

Mäßige Expansion des Welthandels

Der Anstieg des Welthandels hat sich im Verlauf dieses Jahres weiter abgeschwächt. Das Welthandelsvolumen war im ersten Halbjahr 1985 wohl nur noch um 3 bis 4 vH größer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; 1984 hatte die Zunahme fast 9 vH betragen. Eine entscheidende Rolle spielte, daß die Nachfrageimpulse aus den Industrieländern — insbesondere aus den USA — deutlich nachließen. Die Entwicklungsländer, deren Ausfuhrerlöse unter Druck gerieten, haben ihre Einfuhr vermutlich nur noch wenig ausgeweitet.

Mit der Rückbildung des Dollarkurses seit dem Frühjahr scheint die akute Gefahr einer Zuspitzung der handelspolitischen Konflikte geringer geworden zu sein. Bei der zu erwartenden verhaltenen konjunkturellen Aufwärtstendenz in den Industrieländern ist mit einem mäßigen Anstieg ihrer Einfuhr zu rechnen. Den Entwicklungsländern wird es dabei kaum gelingen, die Ausfuhrerlöse merklich zu steigern. Dies hindert sie angesichts ihrer Verschuldungsprobleme daran, die Einfuhren spürbar zu erhöhen; die Erdölexportländer werden die Importe vermutlich sogar weiter einschränken. Im Durchschnitt des Jahres 1986 ist mit einer Zunahme des realen Welthandels zu rechnen, die mit etwa 4 vH ebenso groß ist wie 1985.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit dem witterungsbedingten Rückschlag zu Jahresbeginn kräftig zu. Sie steigt — von den Verwerfungen abgesehen — mit einer Rate von 2,5 vH, die Auslastung des Produktionspotentials erhöht sich im Durchschnitt leicht. Angesichts der großen Zahl von Arbeitsuchenden und des auch gegenwärtig nicht unerheblichen Produktivitätszuwachses, der nicht zuletzt durch die relativen Faktorpreise bestimmt wird, ist der Wachstumspfad aber zu flach.

Bis zum Frühjahr kam die Dynamik der Nachfrage hauptsächlich vom Ausland; seither dominieren die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte. Die Bestellungen aus dem Ausland steigen schwächer, weil sich die wirtschaftliche Erholung vor allem in den USA und im Gefolge davon auch in Entwicklungs- und Schwellenländern verlangsamt hat. Hinzu kommt, daß sich die D-Mark seit dem Frühjahr gegenüber anderen Währungen verteuert und mit ihr die Güter aus der Bundesrepublik.

Auf der anderen Seite hat die Aufwertung der D-Mark die Einfuhren in die Bundesrepublik verbilligt und die Kaufkraft der privaten Haushalte sowie die Gewinne jener Unternehmen gestärkt, die vom Markt nicht zur Weitergabe dieser Verbilligung gezwungen werden. Zugleich strömte anlageberechtigtes Kapital in die Bundesrepublik, und die Zinsen auf dem Kapitalmarkt begannen nachzugeben. Zinssenkend wirkte auch, daß sich der Preisanstieg abflachte und die Kreditnachfrage des Staates sowie die der privaten Bauherren nachließ.

Geldpolitik auf angemessenem Kurs

Die Bundesbank unterstützte den Rückgang der Zinsen, indem sie die Sätze für Wertpapier-Pensionsgeschäfte schrittweise von 6% Anfang März auf 4½% Anfang Oktober zurücknahm, die Kontingente an vergleichsweise „billigen“ Rediskont-Krediten aufstockte und schließlich den Diskontsatz und den Lombardsatz um jeweils einen halben Prozentpunkt herabsetzte. Die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere sank von 7¾% auf 6¼%; die jüngste Steigerung dürfte nur vorübergehend sein. Während der letzten fünfzehn Jahre waren die Zinsen nur im Jahre 1978 niedriger; damals hatte die Bundesbank das Geldangebot aber stabilisierungswidrig stark ausgeweitet, um den Anstieg des Kurses der D-Mark zu bremsen.

Diesmal ist der Rückgang der Zinsen dagegen den Marktkräften und nicht einer übermäßigen Ausweitung des Geldangebots zuzuschreiben. Die Zentralbankgeldmenge ist nicht über das stabilisierungsgerechte Maß hinaus angehoben worden. Im Frühsommer hatte sich ihre Zunahme sogar vorübergehend abgeschwächt, dies vor allem deshalb, weil der Bargeldumlauf — er hat an der

Zentralbankgeldmenge einen Anteil von fünfzig Prozent — leicht gesunken war. Solchen mehr oder weniger zufälligen Schwankungen aber braucht die Bundesbank nicht entgegenzuwirken, weil sie sich, wie die Erfahrung erneut bewies, alsbald von selbst korrigieren.

Der Rückgang der Zinsen hat die monetäre Expansion bereits angeregt. So ist auch die Geldmenge in der Abgrenzung von Bargeld und Sichteinlagen (M1), die bis in den Sommer hinein stagniert hatte, zuletzt wieder deutlich gestiegen. Die Zentralbankgeldmenge dürfte in den kommenden Monaten im oberen Bereich des Zieltrichters expandieren und damit in diesem Jahr den wachstums- und stabilisierungspolitischen Erfordernissen weitgehend entsprechen. Dabei ist freilich angenommen, daß sich die Bundesbank nicht durch die Erklärung der Finanzminister und Notenbankgouverneure der fünf großen westlichen Industrieländer im September, den Kurs des Dollars gegebenenfalls auch durch Verkäufe auf den Devisenmärkten zu drücken, von ihrer bisherigen Politik abbringen läßt.

Investitionstätigkeit durch Auslandsimpulse gefördert

Trotz immer noch unzureichender Wachstumsbedingungen war die Investitionstätigkeit rege. Die Impulse gingen vor allem vom Auslandsgeschäft aus, und zwar sowohl über steigenden Absatz als auch über höhere Gewinnmargen.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Verlaufe dieses Jahres in der Grundtendenz etwa in dem Tempo gestiegen, in dem sie — abgesehen von den finanzpolitisch begründeten und arbeitskampfbedingten Verwerfungen — seit Beginn des Aufschwungs zugenommen hatten, d.h. mit einer laufenden Jahresrate von rund 6 vH.

Hinter dem Anstieg in diesem Jahr verbirgt sich eine sehr differenzierte Entwicklung. Sie reicht von einer fast doppelt so starken Steigerung im Verarbeitenden Gewerbe — mit noch höheren Raten in den von der Auslandsnachfrage begünstigten Zweigen — bis zu einem Rückgang im Baugewerbe und im Handel. Die hohe Zuwachsrate im Vorjahresvergleich von 13½ vH im ersten Halbjahr überzeichnet die Entwicklung erheblich; in ihr spiegelt sich der niedrige Stand der Ausrüstungsinvestitionen vor einem Jahr wider.

Weiterhin niedrige Bauinvestitionen

Die Bautätigkeit lag in diesem Jahr auf erheblich niedrigerem Niveau als zuvor. Zu Beginn des Jahres war sie nicht allein witterungsbedingt eingeschränkt worden; vielmehr fehlte auch jener Teil der Produktion, der wegen des Ablaufs von Fördermaßnahmen ins vergangene Jahr vorgezogen worden war. Die Aufträge für Wohnbauten

nehmen seit dem Frühjahr wieder zu; die Wohnbautätigkeit wurde aber offenbar noch nicht auf den — niedrigeren — Stand der Nachfrage zurückgenommen, so daß zunächst mit einem weiteren Rückgang gerechnet werden muß.

Im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau streben dagegen Aufträge und Bautätigkeit deutlich nach oben; im Wirtschaftsbau nicht zuletzt deshalb, weil in der gewerblichen Wirtschaft Produktionsanlagen wieder erweitert werden und Bundesbahn und Bundespost ihre Investitionen verstärkt steigern; im öffentlichen Bau deshalb, weil sich die Finanzlage der Gemeinden verbessert hat und Bund und Länder Finanzhilfen für Stadterneuerung und Umweltschutz zugesagt haben. Insgesamt waren die Bauinvestitionen im Sommer dennoch um rund 7 vH niedriger als vor einem Jahr.

Die Flaute in der Bauwirtschaft hat den Wettbewerb verschärft, die Verteuerung der Bauten kam zum Stillstand. Der Preisindex für Bauinvestitionen war zuletzt nur noch um knapp 1 vH höher als vor einem Jahr.

Weiterhin beachtliche Zunahme der Ausfuhr

Die Bestellungen aus dem Ausland nehmen seit Beginn des Jahres nur noch wenig zu. Die Ausfuhr von Waren ist allerdings noch recht beachtlich gestiegen. Das gilt vor allem für die Exporte in die westlichen Industrieländer, darunter bis Mitte des Jahres auch für die Ausfuhr in die USA. Dagegen gingen die Lieferungen in die Länder der OPEC zurück und die Exporte in die übrigen Entwicklungsländer stagnierten. Den Ausschlag hierfür gab wohl der Mangel an Devisen, der durch die Abflachung der wirtschaftlichen Entwicklung namentlich in den USA und durch den Druck auf die Rohstoffpreise bedingt ist. Für die OPEC-Länder kam hinzu, daß ihr Anteil am Rohölabsatz weiter sank.

Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer wiesen unterschiedliche Tendenzen auf: Die Lieferungen in die Sowjetunion stagnierten, die nach Polen und besonders die in die Volksrepublik China zogen dagegen kräftig an.

Nur mäßige Zunahme der Einfuhr

Die Einfuhr von Waren ist zwar weiter aufwärtsgerichtet, die Zunahme ist aber mit rund 4 vH im Jahresverlauf niedriger als früher bei vergleichbaren Steigerungen der Gesamtnachfrage. Hierin schlägt sich nieder, daß die D-Mark — real gerechnet — bis zum Frühjahr beachtlich an Wert verloren und dies die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Anbieter deutlich erhöht hatte.

Hinzu kommt, daß nach der Wende in der Wechselkursentwicklung die Importeure offenbar die Bezüge von Vorprodukten in Erwartung weiterer Verbilligungen zurückgestellt haben. Die Einfuhr von Kraftfahrzeugen hat stark ab-

genommen. Hierbei mag eine Rolle gespielt haben, daß in den ersten Monaten des Jahres, als wegen der Unsicherheit über die Gestaltung der steuerlichen Maßnahmen zur Begünstigung schadstoffarmer Autos der Absatz von Personenkraftwagen stark gesunken war, die Lager ungeplant zugenommen hatten. Die Importeure nutzten daher die Belebung des PKW-Absatzes im Frühsommer zunächst zur Verringerung der Lager.

Die Importe von Investitionsgütern, namentlich die von Anlagen zur Datenverarbeitung und Prozeßsteuerung sowie von Maschinen, wurden dagegen im Einklang mit der regen Investitionstätigkeit gesteigert. Offenbar ist bei diesen Erzeugnissen die Preiselastizität der Nachfrage relativ gering.

Die Zunahme der Wareneinfuhr blieb deutlich hinter der der Ausfuhr zurück. Da zudem seit dem Frühjahr die Preise für eingeführte Waren merklich zurückgehen — im August waren sie bereits niedriger als vor einem Jahr —, während jene für Ausfuhrsgüter, wenn auch abgeschwächt, weiter steigen, nehmen die Überschüsse im Warenhandel beträchtlich zu. In den ersten acht Monaten des Jahres übertrafen sie das entsprechende Vorjahresergebnis bereits um reichlich 15 Mrd. DM. Ähnlich stark war — bei nur leicht steigenden Fehlbeträgen im Dienstleistungsverkehr und bei den Übertragungen — auch die Aktivierung der Leistungsbilanz.

Privater Verbrauch belebt sich

Der private Verbrauch, der zu Beginn des Jahres stagniert hatte, nahm in den letzten Monaten beachtlich zu. Zum Teil handelt es sich dabei allerdings um das Nachholen der Käufe von Fahrzeugen, die wegen der Ungewißheit über die steuerliche Behandlung von schadstoffarmen Autos zurückgestellt worden waren, zum Teil aber wohl auch um eine zyklische Besserung des privaten Verbrauchs. Dafür spricht, daß die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wegen der Zunahme der Beschäftigung sowie Steigerungen bei den übertragenen Einkommen verstärkt expandierten, während sich die Lebenshaltung kaum noch verteuerte. Der Rückgang der Zinsen förderte vermutlich die Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte.

Flacher Anstieg der Preise

Die Preise für die Lebenshaltung haben sich in den letzten Monaten kaum noch erhöht; zeitweilig ist der Preisindex für die Lebenshaltung sogar gesunken. Den Ausschlag dafür gaben vor allem außenwirtschaftliche Einflüsse, darunter der Rückgang des Dollarkurses sowie die Verringerung des Grenzausgleichs im Rahmen des europäischen Agrarmarktes, die die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sinken ließ. Darüber hinaus

haben reichliche Ernten von Gemüse und anderen Saisonserzeugnissen zur Verbilligung von Nahrungsmitteln beigetragen. Im Vorjahresvergleich weist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte eine Steigerung von etwas mehr als 2 vH auf.

Beschäftigung nimmt zu

Nach den neuen vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen hat die wirtschaftliche Erholung früher und stärker auf den Arbeitsmarkt gewirkt, als aus den früheren Angaben abzulesen war. Danach hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit dem Tiefpunkt im ersten Vierteljahr 1984 um fast eine Viertelmillion erhöht.

Doch nicht alle zusätzlichen Arbeitskräfte wurden eingestellt, um die Produktion auszuweiten. Rund ein Drittel dieser Zunahme erklärt sich daraus, daß die Unternehmen — Appellen folgend — vermehrt Lehrstellen geschaffen haben. Hinzu kommen rund 20 000 Personen, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zusätzlich beschäftigt wurden.

Besonders ausgeprägt war der Zuwachs mit 5 vH oder 150 000 Personen im Dienstleistungsbereich (ohne Handel und Verkehr), der auch in jenen Jahren zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt hatte, in denen in anderen Bereichen die Zahl der Beschäftigten gesunken war. Danach folgt die Industrie mit 2 vH oder ebenso 150 000 Personen, und zwar fast ausschließlich im Investitionsgüterbereich, wo die Nachfrage aus dem Ausland besonders kräftig stieg und die Arbeitszeit verkürzt wurde. Auch beim Staat, einschließlich der Organisationen ohne Erwerbscharakter, wurden beachtliche Zugänge gemeldet. Vermutlich handelt es sich hier, vor allem aber im Dienstleistungsbereich, zu einem erheblichen Teil um Teilzeitbeschäftigte. Im Baugewerbe dagegen hielt der Beschäftigungsrückgang an; binnen Jahresfrist verminderte sich die Zahl der Beschäftigten um reichlich 100 000.

Zu den bemerkenswerten Änderungen gehört, daß die Zahl der Selbständigen, die viele Jahre lang ständig gesunken war, wieder steigt. Dies mag zum Teil darin begründet sein, daß wieder mehr Töchter und Söhne den Betrieb ihrer Eltern weiterführen, zum Teil aber auch darin, daß sich Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, selbständig machen. Außerdem mag eine Rolle spielen, daß eine steigende Zahl von Betrieben Arbeitnehmern Werkverträge anbietet.

Trotz des beachtlichen Anstiegs der Beschäftigung blieb die Zahl der Arbeitslosen bis zuletzt unvermindert hoch. Dies resultiert einmal daraus, daß das Erwerbspersonenpotential zunahm. Zum anderen suchen nun auch wieder Personen Arbeit, die sich vorher aus dem Arbeitsangebot zurückgezogen hatten. Das ist vor allem in solchen Regionen der Fall, in denen sich bereits ein Mangel an geeigneten Kräften andeutet.

Weiterer Rückgang des Staatsdefizits

Die bisherige Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen des Staates läßt für das gesamte Jahr einen kräftigen weiteren Rückgang des Staatsdefizits erwarten. Zwar wurden keine neuen Maßnahmen zur Verringerung des Ausgabenanstiegs beschlossen, die früher beschlossenen Maßnahmen wirken jedoch nach. Außerdem fallen in diesem Jahr die Auszahlung der Investitionszulage und die Rückkehrhilfen für Ausländer fort, die im vergangenen Jahr die Ausgaben vorübergehend gesteigert hatten. Die Ausgaben für Investitionen wurden im Laufe des Jahres zwar erhöht, im Jahresergebnis werden sie jedoch nochmals niedriger als im vorangegangenen Jahr sein.

Die Einnahmen des Staates nehmen nahezu ebenso stark zu wie im vergangenen Jahr. Dabei steigen insbesondere die direkten Steuern, vor allem weil die Gewinne kräftig expandieren.

Insgesamt ist zu erwarten, daß sich das Defizit bei den Gebietskörperschaften in diesem Jahr um rund 7 Mrd. DM auf 25 Mrd. DM verringert. Auch die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich verbessern. Das gilt vor allem für die Rentenversicherung, die durch die abermalige Erhöhung des Eigenbeitrages der Rentner zur Krankenversicherung sowie durch die zweimalige Anhebung des Beitragssatzes entlastet wird. Auch die Arbeitslosenversicherung wird in diesem Jahr einen Überschuß aufweisen, da die Ausgaben für Kurzarbeiter sinken und sich mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit deren Kosten von der Bundesanstalt für Arbeit auf die Gebietskörperschaften verlagern.

Ausblick

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich fortsetzen. 1986 wird das vierte Jahr eines Aufschwungs mit allerdings geringer Dynamik sein; eine nennenswerte Änderung des Tempos zeichnet sich nicht ab. Die Aufschwungskräfte werden sich weiter von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern. Dies spiegelt insbesondere die Belebung des privaten Verbrauchs wider, der erstmals seit Beginn der achtziger Jahre wieder relativ kräftig steigen wird. Hinzu kommt, daß sich der Rückgang der Bautätigkeit nicht fortsetzt. Die Investitionstätigkeit der Wirtschaft wird zwar mehr als die anderen Aktivitäten zunehmen. Für eine Verstärkung und Verbreiterung der Investitionskonjunktur gibt es bisher indes nur wenige Anzeichen. Da die weltwirtschaftlichen Risiken wieder größer geworden sind, ist eine neue Beeinträchtigung des Investitionsklimas nicht auszuschließen.

Der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung liegen wie üblich eine Reihe von Annahmen und Setzungen zugrunde. Die wichtigsten sind:

- Nachfrage und Produktion in den Industrieländern werden auch 1986 in mäßigem Tempo steigen. Die handelspolitischen Konflikte und die Verschuldungsprobleme spitzen sich nicht zu. Der Welthandel wird um etwa 4 vH zunehmen, d.h. ebensoviel wie in diesem Jahr.
- Der Wechselkurs des Dollars wird vom derzeitigen Niveau weder nach oben noch nach unten erheblich und nachhaltig abweichen. Gegenüber den meisten Währungen im Europäischen Währungssystem wird die D-Mark im nächsten Jahr aufgewertet.
- Das Preisniveau auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe und Erdöl wird bei dem nur verhaltenen Konjunkturanstieg in den Industrieländern und dem reichlichen Angebot eher sinken.
- Die Finanzpolitik folgt dem in den Haushaltsplänen für das Jahr 1986 vorgezeichneten Kurs. Die erste Stufe der Steuerreform tritt in Kraft. Neue Maßnahmen mit Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr werden nicht ergriffen.
- Die Bundesbank weitet die Zentralbankgeldmenge um annähernd 5 vH aus. Dies wird zusammen mit der anhaltend geringen Inflationsrate und dem relativ niedrigen Staatsdefizit ein weiteres Sinken der Zinsen ermöglichen.
- In der Tarifpolitik liegt das Gewicht mehr auf Lohnerhöhungen und weniger auf Arbeitszeitverkürzungen als in diesem Jahr. Die tariflichen Abschlußsätze sind etwas höher als bisher und unterscheiden sich in den einzelnen Tarifbereichen nicht nennenswert.

Exportanstieg verlangsamt sich nur noch wenig

Der Anstieg des Exports, der sich in diesem Jahr abgeflacht hat, wird sich im Verlauf des Jahres 1986 kaum noch verlangsamen. Die konjunkturelle Tendenz in den Abnehmerländern wird sich insgesamt nicht nennenswert verändern. In den USA wird sich die Aufwärtsbewegung leicht verstärken, in Westeuropa — mit nahezu 70 vH Anteil für die deutsche Ausfuhr der weitaus bedeutendste Absatzmarkt — bleibt das Expansionstempo etwa gleich. In den Entwicklungsländern, vor allem in den OPEC-Ländern, nimmt dagegen die Importfähigkeit wegen wachsender außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten ab.

Die erhebliche Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar verringert zwar die Wettbewerbsfähigkeit im und gegenüber dem Dollarraum; das dürfte sich wie üblich mit Verzögerung auf den Export auswirken. Gegenüber den meisten anderen Ländern dagegen nimmt die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter zunächst sogar noch zu, da der Preis- und Kostenanstieg in der Bundesrepublik geringer ist.

Unter diesen Umständen dürfte die reale Warenausfuhr in die westeuropäischen Länder zumindest im gleichen

Tempo wie bisher steigen, der Anstieg des Exports in die USA dürfte sich weiter abschwächen. Die Ausfuhr in die OPEC-Länder wird wahrscheinlich nochmals zurückgehen, nachdem die Exporterlöse dieser Länder erneut gesunken sind. Insgesamt wird die deutsche Ausfuhr im Verlauf des nächsten Jahres wohl um 4 vH und damit in gleichem Tempo wie der Welthandel zunehmen.

Weiter lebhaftere Investitionstätigkeit

Vieles spricht dafür, daß die Investitionstätigkeit auch im nächsten Jahr lebhaft sein wird. Zwar werden die Erwartungen für den Auslandsabsatz wegen der realen Aufwertung der D-Mark und der akuten Gefahren des Protektionismus nicht mehr so optimistisch sein wie bisher. Aber die Erwartungen für den Inlandsabsatz werden sich verbessern, nicht zuletzt wegen der stimulierenden Effekte der Finanzpolitik. Die Erträge der Unternehmen werden weiter steigen. In manchen Branchen, so in der Bauwirtschaft, dem Handel und der Landwirtschaft, bleiben die Erträge allerdings gedrückt. Verbessert wird die Finanzlage der Unternehmen durch die Erhöhung der degressiven Abschreibungen auf Betriebsgebäude. Gesunkene Zinsen auf den Kapitalmärkten haben die Kosten der Fremdfinanzierung und die Attraktivität von Finanzanlagen im Vergleich zu Sachanlagen verringert. Die relative Verbilligung des Faktors Kapital im Vergleich zum Faktor Arbeit regt die Substitution von Arbeitskraft durch Kapital, d.h. Rationalisierungsinvestitionen an.

Gleichzeitig gibt es neue gesetzliche Regelungen, die — wie etwa die Beschäftigungsgarantie im Erziehungsgeldgesetz — die Unternehmen belasten. Auch ist von den kommenden Tarifvereinbarungen nicht zu erwarten, daß sie den regionalen und branchenspezifischen Unterschieden Rechnung tragen; dies steht einer Verbreiterung der Investitionsbereitschaft entgegen.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen 1986 mit einer laufenden Rate von 6 vH expandieren. Das Anstiegstempo ist damit weiterhin deutlich geringer als in früheren Aufschwungsphasen.

Stabilisierung der Bautätigkeit

Nachdem das Tief bei den Auftragseingängen in der Bauwirtschaft im Frühjahr dieses Jahres verlassen worden ist, werden im Verlauf des Jahres 1986 auch die Bauinvestitionen wieder etwas steigen. Die Unterschiede in der laufenden Entwicklung zwischen Wohnungs-, Wirtschafts- und öffentlichem Bau werden kleiner.

Im Wohnungsbau wird der Bauüberhang bis Ende dieses Jahres so kräftig geschrumpft sein, daß vorerst noch ein weiterer Rückgang des Bauvolumens wahrscheinlich ist; er dürfte erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres zu Ende gehen. Die Entwicklung wird vor

allem durch das hohe Angebot an Immobilien belastet. Dagegen wird die Nachfrage durch den Rückgang der Hypothekenzinsen und den Wiederanstieg der Realeinkommen begünstigt. Der Bau von Mehrfamilienhäusern wird allerdings nach dem Auslaufen der Mehrwertsteueroption und den Kürzungen im sozialen Wohnungsbau vorerst weiter zurückgehen. Beim Bau von Zweifamilienhäusern kann es zu Vorzieheffekten kommen, da hier Steuervorteile Anfang 1987 wegfallen. Weniger eindeutig ist die Situation im Einfamilienhausbau. 1987 werden zwar die Höchstbeträge für die Abschreibung von 200 000 auf 300 000 DM erhöht, aber der Schuldzinsabzug entfällt. Nachfragestützend dürfte sich die Aufstockung der Mittel aus dem Städtebauförderungsgesetz auswirken, das auch private Bauherren begünstigt.

Im Wirtschaftsbau haben die Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Investitionsklimas und günstigere Abschreibungsbedingungen zu einem kräftigen Anstieg der Nachfrage geführt; er dürfte sich 1986 fortsetzen. Auch verstärken Bundesbahn und Bundespost ihre Investitionen. Insgesamt werden die realen Investitionen im Wirtschaftsbau 1986 wahrscheinlich deutlich zunehmen.

Die Nachfrage im öffentlichen Bau dürfte sich weiter erhöhen. Viele Gemeinden haben nach der Konsolidierung ihrer Haushalte wieder mehr Spielraum für Investitionen, die Bundesmittel für die Förderung des Städtebaus sind erhöht worden, und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Lastenausgleichsbank und dem ERP-Fonds werden mehr zinsgünstige Mittel zur Förderung kommunaler Investitionen bereitgestellt. 1986 werden die öffentlichen Bauinvestitionen daher nennenswert höher sein als in diesem Jahr.

Privater Verbrauch nimmt verstärkt zu

Im kommenden Jahr wird der private Konsum merklich stärker expandieren als in den letzten Jahren, weil die Einkommen beschleunigt zunehmen. Bei leicht vergrößertem Arbeitsvolumen und wohl etwas höheren Tarifabschlüssen als in diesem Jahr wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme um rund 4½ vH steigen. Die Nettoeinkommen werden wegen der Steuerentlastung sogar um rund 5 vH zunehmen. Auch die Transfereinkommen expandieren stärker als bisher: Der Nettoanstieg der Renten fällt etwas höher aus, die Inanspruchnahme von Vorruhestandsgeld nimmt zu, das Erziehungsgeld wird eingeführt, die Ausgaben für Sozialhilfe werden merklich größer sein, Wohngeld und Kindergeld werden aufgestockt. Diese Maßnahmen führen bei den privaten Haushalten zu Mehreinnahmen von insgesamt 4 Mrd. DM. Das verfügbare Einkommen wird nominal um 5 vH und real um etwa 3 vH zunehmen, also doppelt so stark wie in diesem Jahr.

Ein Anstieg der Sparquote ist wenig wahrscheinlich. Die Steuerentlastung begünstigt vor allem Familien mit

Kindern und Bezieher mittlerer Einkommen, Gruppen also, bei denen die Sparquote niedriger als im Durchschnitt ist. Das niedrigere Niveau der Zinsen wird die Anreize zur Ersparnisbildung eher vermindern. Insgesamt wird der reale Konsum wahrscheinlich ebenso wie das reale verfügbare Einkommen um rund 3 vH zunehmen; das ist die größte Zunahme seit Ende der siebziger Jahre.

Trotz Steuersenkung kein höheres Staatsdefizit

Im Jahre 1986 werden von der Finanzpolitik erstmals seit Beginn der achtziger Jahre konjunkturstützende Wirkungen ausgehen. Die wichtigste Maßnahme ist die erste Stufe der Steuerreform, die bei der Lohn- und Einkommensteuer zu Mindereinnahmen von 10 Mrd. DM führen wird. Daneben hat die Bundesregierung steuerliche Abschreibungserleichterungen für neue Wirtschaftsgebäude sowie Abschreibungsvergünstigungen für die Modernisierung von Heizungs- und Warmwasseranlagen in Wohnungen beschlossen.

Diese Maßnahmen führen dazu, daß sich das Aufkommen an direkten Steuern nur noch um 3 vH erhöht, nach 8 vH im Jahre 1985. Dagegen werden die indirekten Steuern mit 4,5 vH etwa doppelt so stark zunehmen wie 1985, dies vor allem wegen der Belebung des privaten Verbrauchs. Insgesamt wird sich der Anstieg der Einnahmen auf 4 vH abschwächen.

Die öffentlichen Ausgaben werden mit rund 4 vH etwas stärker zunehmen als 1985. Hierzu trägt vor allem die Erhöhung der Sozialleistungen bei. Die Ausgaben für den Staatsverbrauch werden ähnlich wie 1985 steigen. Unsicherheit besteht über die Entwicklung der Sachausgaben im Gesundheitswesen. Hier wird angenommen, daß es in der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Dämpfung des Ausgabenzuwachses kommt. Die Ausgaben für öffentliche Investitionen dürften mit etwa 7 vH erheblich zunehmen.

Obwohl die Gesamtausgaben etwas stärker steigen als im Vorjahr, wird der Staatsanteil (Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt) 1986 nochmals sinken. Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften wird trotz der Steuersenkung kaum zunehmen und etwa 25 Mrd. DM betragen. Das gesamte Staatsdefizit wird, wie im Jahre 1985, bei 20 Mrd. DM liegen.

Steigende Beschäftigung, aber nur geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit

Das reale Bruttosozialprodukt wird im Durchschnitt des Jahres 1985 voraussichtlich um 2¼ vH steigen. Im Jahre 1986 wird der Zuwachs rund 3 vH betragen, also etwas größer sein als in den anderen Jahren seit Beginn des Aufschwungs. Dies bedeutet indes keine nennenswerte Veränderung der Grundtendenz, sondern ist hauptsächlich

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen gegen Vorjahr in vH		
	1984	1985 ^a	1986 ^a	1984	1985 ^a	1986 ^a
Bruttosozialprodukt (Mrd. DM) in Preisen von 1980	1 534,8	1 568	1 612	2,7	2,25	3,0
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 004	22 150	22 400	0	0,5	1,0
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 266	2 300	2 250 ⁴	.	.	.
Arbeitslosenquote ¹ (vH)	9,3	9,4	9,1	.	.	.
Verbraucherpreise ²	.	.	.	2,4	2,0	2,0
Leistungsbilanzsaldo ³ (Mrd. DM)	17,8	35	50	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	- 33,8	- 20	- 20	.	.	.

¹ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose).— ² Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.— ³ Zahlungsbilanzstatistik.— ⁴ Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen als Folge der '58er Regelung' ist nicht berücksichtigt.— ^a Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

lich auf einen höheren Überhang am Ende dieses Jahres zurückzuführen.

Die für einen Aufschwung moderate Zunahme der Produktion ist auf kurze Sicht der entscheidende Grund dafür, daß der Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften zunächst verhalten bleibt. Für die Entwicklung auf mittlere Sicht sind die Bedingungen, zu denen Arbeitskräfte beschäftigt werden, nicht weniger wichtig. Nach wie vor gilt, daß viele Betriebe angesichts der schwer kalkulierbaren Belastungen, die sich aus den Regulierungen am Arbeitsmarkt ergeben, mit Neueinstellungen zögern. Probleme gibt es freilich auch auf der Angebotsseite; zum Teil mangelt es an geeigneten Fachkräften.

Für das Jahr 1986 ist eine weitere Zunahme der Beschäftigung zu erwarten. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte Ende des nächsten Jahres um etwa 200 000 höher sein als Ende dieses Jahres, und die Zahl der Selbständigen dürfte ebenfalls — wenn auch relativ wenig — zunehmen. Der Kräftebedarf wird im Dienstleistungsbereich verstärkt, in der Industrie dagegen abgeschwächt zunehmen. Im Baugewerbe schließlich wird sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl weiter verlangsamten, und im späteren Verlauf des nächsten Jahres wird er zum Stillstand kommen. Auf kurze Sicht werden auch Maßnahmen wie die weitere Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung des Erziehungsurlaubs zur Erhöhung der Beschäftigtenzahl beitragen.

Die Zunahme der Beschäftigung wird über den gleichzeitigen Anstieg des Erwerbspersonenpotentials — der seinerseits durch Einflüsse wie die verstärkte Inanspruchnahme des Vorruhestandes verringert wird — deutlich hinausgehen. Es ist nicht genau vorherzusagen, in wel-

chem Umfang dies zum Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit einerseits und der Stillen Reserve andererseits führt. Wahrscheinlich wird die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen im Durchschnitt des nächsten Jahres 2,25 Millionen betragen, nach 2,30 Millionen in diesem Jahr. Die Zahl wird kleiner ausfallen, wenn Arbeitslose, die 58 Jahre und älter sind und sich nicht mehr zur Verfügung der Arbeitsämter halten wollen, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt werden. Dies ist in einigen EG-Ländern schon Praxis, für die Bundesrepublik ist es für den 1.1.1986 vorgesehen. Derzeit sind etwa 150 000 Arbeitslose im Alter von 58 Jahren und mehr registriert. Vermutlich wird sich ein Teil von ihnen auch nach Einführung der Neuregelung dem Arbeitsamt zur Vermittlung zur Verfügung stellen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird infolge dieser Regelung schätzungsweise um zusätzlich 100 000 sinken.

Leistungsbilanzüberschuß noch höher

Die reale Wareneinfuhr dürfte 1986 mit einer laufenden Jahresrate expandieren, die etwa doppelt so hoch ist wie die der realen Gesamtnachfrage. Diese Relation wäre etwas höher als im mehrjährigen Durchschnitt, da eine Reaktion der Einfuhr auf die starke Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wahrscheinlich ist. Auch werden Lagerbestände wieder erhöht, die nicht zuletzt in Erwartung einer solchen Aufwertung niedrig gehalten wurden.

Gleichwohl wird die Einfuhr nicht viel stärker als die Ausfuhr steigen, und der reale Überschuß im Warenver-

kehr wird sich kaum ändern. Bei nahezu stabilen Einfuhrpreisen und leicht steigenden Ausfuhrpreisen verbessern sich die Terms of Trade weiter. In nominaler Rechnung wird sich daher der Überschuß im Warenhandel nochmals kräftig erhöhen, und zwar um 20 Mrd. DM auf nahezu 100 Mrd. DM. Obwohl das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wieder etwas zunimmt und die Übertragungsbilanz, vor allem wegen der steigenden Zahlungen an die EG, mit einem deutlich erhöhten Fehlbetrag abschließen wird, dürfte der Überschuß der Leistungsbilanz 1986 weiter steigen. Er wird etwa 50 Mrd. DM betragen, nach 35 Mrd. DM in diesem Jahr.

Preisanstieg bleibt verhalten

Im nächsten Jahr wird der Anstieg der Preise voraussichtlich verhalten bleiben. Dafür sprechen sowohl die stabilitätsgerechten monetären Bedingungen als auch der moderate konjunkturelle Nachfrageanstieg. Überdies gehen von der Höherbewertung der D-Mark dämpfende Einflüsse auf das Preisniveau aus, und die Lohnstückkosten werden nicht stärker als in diesem Jahr steigen. Da beim Abbau des Grenzausgleichs eine weitere Stufe bevorsteht, ist bei den Nahrungsmittelpreisen ein allenfalls geringfügiger Anstieg zu erwarten. Die Mieten schließlich werden sich infolge des großen Wohnungsangebots nur wenig erhöhen. Insgesamt dürfte sich die Lebenshaltung bis Ende nächsten Jahres mit einer Rate von etwa 2 vH verteuern; im Jahresdurchschnitt wird der Anstieg nicht höher sein.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Der Aufschwung wird sich im Jahre 1986 in wenig verändertem Tempo fortsetzen. Dies geht einher mit einer sehr ruhigen Preisentwicklung. Zugleich steigen die außenwirtschaftlichen Überschüsse weiter, die schon in diesem Jahr eine beachtliche Höhe erreichen. Seit Sommer letzten Jahres nimmt auch die Beschäftigtenzahl zu. Der Anstieg ist indes nicht stark genug, um bei noch immer zunehmender Zahl der Erwerbspersonen die Arbeitslosigkeit spürbar zu verringern.

Die fortbestehende hohe Arbeitslosigkeit stellt nach wie vor die gravierendste Verfehlung eines wirtschaftspolitischen Ziels dar. Die Wirtschaft wächst zwar seit einigen Jahren wieder, es darf jedoch nicht übersehen werden, daß das Wirtschaftswachstum bisher vor allem von der Auslandsnachfrage getragen worden ist. Im kommenden Jahr wird die Inlandsnachfrage verstärkt zunehmen.

Freilich zeichnet sich weiterhin keine nachhaltige Kräftigung der Aufwärtsbewegung ab, bei der sich die Investitionsneigung so erhöht, daß sich das Wachstum des Produktionspotentials ausreichend beschleunigt. Eine Verbesserung der Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen zu erreichen ist weiterhin Aufgabe von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik.

Zur Geldpolitik

Die Geldpolitik erfüllt ihre Aufgabe am besten, wenn sie an einem Kurs festhält, der der mittelfristig möglichen Ausweitung des Produktionspotentials Rechnung trägt und die weitere Stabilisierung des Preisniveaus fördert.

Bisher hat sich das Wachstum des Produktionspotentials nur wenig verstärkt; es liegt nach wie vor unter der mittelfristig möglichen und beschäftigungspolitisch erwünschten Rate. Die Bundesbank lehnt es ab, das anzustrebende höhere Potentialwachstum — das aus heutiger Sicht auf 2½ vH zu beziffern ist — bei der Bemessung des Geldmengenziels zu berücksichtigen, und zwar mit dem Argument, dies käme der Ausstellung eines ungedeckten Wechsels auf die Zukunft gleich. In der Tat besteht immer die Möglichkeit, daß wegen wirtschafts- oder lohnpolitischer Fehlentwicklungen oder außenwirtschaftlicher Schocks Wachstumschancen nicht ausgeschöpft werden können. Dies kann jedoch nicht bedeuten, daß die Geldpolitik das monetäre Ziel erst dann am möglichen Wachstum ausrichtet, wenn alle anderen Bereiche die für ein stärkeres Wachstum notwendigen Bedingungen erfüllt haben. Anderenfalls liefe die Geldpolitik Gefahr, zum Engpaß für das stärkere Wachstum zu werden.

Bei der Stabilisierung des Preisniveaus sind in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden. Gleichwohl sollte sich die Bundesbank nicht mit der Sicherung des Erreichten zufrieden geben, sondern eine weitere Verringerung des Preisanstiegs anstreben. Für den schwer vermeidlichen Preisanstieg sollte daher bei der Bemessung des Geldmengenziels eine Rate angesetzt werden, die unter dem derzeitigen Preisanstieg von 2 vH liegt.

Schließlich ist zu beachten, daß die Umlaufgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge im Trend sinkt. Die Bundesbank hat es bisher abgelehnt dies zu berücksichtigen, und zwar mit der Begründung, die Umlaufgeschwindigkeit sei vor allem deshalb rückläufig, weil die Wirtschaft wegen der besonderen Umstände in den zurückliegenden Jahren nicht die in früherer Zeit verzeichnete Wachstumsdynamik erreichen konnte. Dieser Einwand kann nicht überzeugen; wenn nämlich die Wirtschaftssubjekte nicht bestrebt gewesen wären, ihre Geldbestände im Verhältnis zu ihrem Einkommen zu erhöhen, hätte die relativ stärkere Zunahme der Geldmenge zu einem höheren Preisanstieg und nicht zu einer Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit geführt. Für den Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit sollte daher bei der Festsetzung des Geldmengenziels ein Zuschlag von einem halben Prozentpunkt gemacht werden.

Aus all dem ergibt sich, daß im nächsten Jahr eine Zunahme der Zentralbankgeldmenge von annähernd 5 vH als angemessen anzusehen ist. Das entspricht etwa jener Rate, mit der die Zentralbankgeldmenge in den letzten Monaten gestiegen ist.

Ein solches, an den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen orientiertes Ziel könnte freilich in Widerspruch zu jenen Vereinbarungen geraten, die die Regierungen und die Notenbanken der fünf großen westlichen Industrieländer in New York Ende September getroffen haben.

In dem Communiqué wird ausgeführt, daß die Geldpolitik weiterhin der inflationsfreien Wachstumsförderung dienen, zugleich aber auch auf eine Wechselkursentwicklung hinwirken soll, die stärker als bisher die fundamentalen wirtschaftlichen Bedingungen in den Ländern widerspiegelt. Insbesondere sei eine Abwertung des Dollars wünschenswert. Zur Unterstützung einer solchen Entwicklung wurden neben Bemühungen, die Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz der USA zu verringern und die Wachstumskräfte in Japan und Europa zu stärken, konzertierte Aktionen auf den Devisenmärkten als hilfreich bezeichnet.

Nach der Veröffentlichung dieser Vereinbarung und den daraufhin durchgeführten Interventionen ist der Kurs des Dollars kräftig gefallen. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß diese Kursentwicklung auch ohne das Eingreifen der Notenbanken zustande gekommen wäre, wenn auch vielleicht nicht so rasch. In diesem Fall wären die Interventionen nicht nur überflüssig gewesen, sie hätten außerdem zu Unsicherheit über den weiteren Kurs der Geldpolitik geführt. Sollte der Kursrückgang des Dollars aber lediglich durch die Vereinbarung und die Interventionen bewirkt worden sein, so wäre er nur dann nachhaltig, wenn der wirtschaftspolitische Kurs in den beteiligten Ländern geändert würde. Die Geldpolitik allein wäre hierbei freilich überfordert; denn entweder müßte in den USA eine inflationäre Geldmengenausweitung betrieben oder in den anderen Ländern die Zunahme der Geldmenge verringert, in der Bundesrepublik also unter den Potentialpfad gedrückt werden. Dies würde hier zu einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität führen, das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte auf ein nachhaltiges Wachstum in der Bundesrepublik erschüttern und auf mittlere Sicht die D-Mark eher schwächen als stärken. Die Geldpolitik kann in der Regel nicht beides, ein stetiges und inflationsfreies Wirtschaftswachstum und einen bestimmten Wechselkurs anstreben.

Zur Lohnpolitik

In der Lohnrunde 1986 dürften Lohnerhöhungen im Vordergrund stehen, Arbeitszeitverkürzungen werden eine geringe Rolle spielen. Angesichts der etwas günstigeren Wirtschaftslage und der weiter vorangekommenen Verbesserung der Unternehmenserträge dürfte der Anstieg der Tariflöhne etwas höher ausfallen als im laufenden Jahr. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die — so haben die letzten Jahre gezeigt — dämpfend auf den Lohnanstieg wirkt, spricht gegen eine größere Beschleunigung des Lohnauftriebs. Den unterschiedlichen Be-

schäftigungsrisiken in den Branchen und Regionen wird freilich wohl auch in der Lohnrunde 1986 nicht hinreichend Rechnung getragen.

Besser wäre es, wenn bei den kommenden Abschlüssen die sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen berücksichtigt würden, zumal gegenwärtig — anders als zu Zeiten inflatorischer Entwicklungen und einer sich abwertenden D-Mark — den ertrags- und produktivitätsschwachen Branchen die Überwälzung höherer Kosten in den Preisen viel schwerer fällt oder gar nicht gelingt. Der Versuch, mit der allgemeinen Tariflohnentwicklung Schritt zu halten, dürfte in solchen Sektoren zu weiteren Einbußen von Arbeitsplätzen führen.

Die Fortsetzung der in der Vergangenheit regelmäßig zu beobachtenden Tendenz zu gleichen prozentualen Lohnerhöhungen, bei der der Wettbewerb der Einzelgewerkschaften untereinander eine wichtige Rolle gespielt hat, widerspricht den ökonomischen Notwendigkeiten. In der kommenden Lohnrunde sind im Durchschnitt Abschlüsse vertretbar, die eine gewisse Beteiligung der Arbeitnehmer am zu erwartenden Produktivitätsfortschritt, also einen Anstieg der Reallöhne implizieren. Dies bedeutet, daß in Branchen und Regionen, in denen Arbeitskräfte dringend gesucht werden, Abschlüsse möglich sind, die auf kräftige Reallohnsteigerungen hinauslaufen. Dort wo Absatzverluste und Beschäftigungseinbußen drohen, mag dagegen selbst die Reallohnsicherung noch zu viel sein. Eine Differenzierung nach Branchen bis hin zum Einzelunternehmen und bis hin zu einzelnen Qualifikationen würde die Lohnabschlüsse für Arbeitgeber und Gewerkschaften überaus komplizieren. Diesem Differenzierungsbedarf müßte über die Effektivlöhne, d.h. über die Lohndrift — auch in Form von Bonuszahlungen — Rechnung getragen werden. Der dafür notwendige Spielraum sollte in den Tarifabschlüssen vorgesehen werden. Dahingehende Bestrebungen der Tarifparteien sollte der Staat unterstützen.

Im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen in den Bereichen Metall und Druck ist die Frage nach der Unterstützung von mittelbar von Streik und Aussperrung betroffenen Arbeitnehmern durch die Arbeitsämter zum Zankapfel geworden. Eine Klärung dieses Problems zeichnet sich bisher nicht ab. Die Regierung scheint in dieser Frage auf die Einigungsfähigkeit der Tarifparteien zu vertrauen. Ob dies gerechtfertigt ist, kann man aber bezweifeln. Wahrscheinlich muß der Gesetzgeber hier klare Rechtsgrundlagen schaffen; nicht vertretbar ist es jedenfalls, eine solche Frage, deren Regelung für die Bereitschaft zu Arbeitskämpfen von großer Bedeutung ist, weiterhin den Arbeitsgerichten zu überlassen.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rezepte zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, die ohne teilweise schmerzhaft Anpassungsprozesse aus-

kommen, gibt es nach wie vor nicht. Zu warnen ist eindringlich vor der Vorstellung, der Staat wäre, wenn er nur wollte, in der Lage, allein durch mehr Ausgaben für Vollbeschäftigung zu sorgen. Das heißt nicht, daß der Staat aus seiner Verantwortung, Bedingungen für einen hohen Beschäftigungsgrad zu schaffen, entlassen werden darf. Er kann und muß die Anreize so verändern, daß es sich für die Unternehmen lohnt, in Sachanlagen zu investieren und Arbeitskräfte einzustellen, und für die Arbeitnehmer, sich weiterzubilden, Verantwortung zu übernehmen und beruflich und regional mobil zu sein¹.

Ein erheblicher Mangel im Konzept der Wachstumsförderung war, daß die Regierung eine durchgreifende Steuerentlastung stets nur als „Krönung“ einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung betrachtet hat, nicht aber als Instrument zur Stärkung des Wachstums, das den Konsolidierungsprozeß selbst voranbringt. Die Neuverschuldung des Staates ist von 56 Mrd. DM im Jahre 1981 auf 20 Mrd. DM in diesem Jahr verringert worden. Dies ist für sich genommen zwar ein Erfolg. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Konsolidierungspolitik hätten jedoch geringer ausfallen können, wenn bei ihr mehr auf die Struktur der Konsolidierungsmaßnahmen geachtet worden wäre.

Bei der ersten Stufe der Steuerreform dominieren die Nachfrageeffekte. Die Finanzpolitik trägt damit — zusammen mit der kräftigen Steigerung der Investitionsausgaben und der Erhöhung sozialer Leistungen — dazu bei, daß der Anstieg des realen Sozialprodukts im kommenden Jahr trotz der sich abschwächenden Expansion der Auslandsnachfrage nicht geringer, sondern sogar etwas größer sein wird als in diesem Jahr.

Mit der Aufteilung der Einkommensteuersenkung in zwei Schritte wurde die Chance vergeben, die Belastung der Steuerzahler merklich zu senken und damit entsprechende Anreize auszulösen. Nach der vorliegenden Prognose ist für 1986 trotz der ersten Runde der Steuerentlastung kein Anstieg der staatlichen Neuverschuldung zu erwarten. Die Entlastung in einem Schritt wäre also auch unter diesem Gesichtspunkt vertretbar gewesen.

Damit die Wachstumskräfte weiter gestärkt werden, muß der zweite Schritt der Steuerentlastung vorgezogen werden. Auf diese Weise könnte zugleich internationalen Forderungen nach Verminderung des außenwirtschaftlichen Überschusses in wachstumsgerechter Weise entsprochen werden. Ein Vorziehen der zweiten Stufe auf den Beginn des Jahres 1987 sollte nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden, daß die Entlastung als Wahlgeschenk fehlgedeutet werden könnte.

Prinzip der für die nächste Legislaturperiode geplanten Steuerreform sollte die allgemeine Senkung der Steuersätze — insbesondere der Grenzsteuersätze — sein und nicht die gezielte Förderung der Investitionen und der Risikokapitalbildung; auf eine Begünstigung des nicht ausgeschütteten Gewinns sollte verzichtet werden, weil sie die Mobilität des Kapitals behindert und damit in vielen Fällen strukturkonservierend wirkt. Eine möglichst starke Senkung der Steuersätze würde alle Steuerzahler, also auch die Arbeitnehmer, entlasten. Dies ist im Interesse der Förderung der Leistungsbereitschaft notwendig, werden doch auch nach dem zweiten Schritt der Steuerentlastung 1986/88 Einkommenszuwächse bei einem beachtlichen Teil der Arbeitnehmer mit mehr als 50 vH durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge belastet. Die Mittel für die Steuersenkung sollten nicht zuletzt aus der Beseitigung oder Verringerung von Steuerprivilegien und Subventionen gewonnen werden.

Daß der Staat seine investiven Ausgaben im Jahr 1986 spürbar aufstocken wird, ist zwar unter dem Gesichtspunkt einer Verstärkung der Nachfrage zu begrüßen. Die Ausweitung der Ausgaben für investive Zwecke, die im Sommer für die Jahre 1986/87 von der Bundesregierung beschlossen wurde, sieht jedoch auch die Finanzierung von Projekten vor, die nicht als wachstumsfördernd anzusehen sind. Bei diesen Beschlüssen stand wohl die kurzfristige Stützung der Baukonjunktur und nicht die Stärkung des längerfristigen Wachstums im Vordergrund. Fragwürdig ist insbesondere, daß sich der Staat mit der Förderung der Modernisierung von Gebäuden durch den Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen wieder einmal an Kosten beteiligt, die die Eigentümer unter Abwägung des Nutzens selbst tragen sollten. Eine andere Verwendung der hierfür eingeplanten Mittel wäre ohne Zweifel gesamtwirtschaftlich effizienter. Bei den Maßnahmen zur Förderung der Stadterneuerung verfiel man wieder in den Fehler der Befristung, womit bereits eine neue Unstetigkeit bei den öffentlichen Investitionen angelegt ist.

¹ Die Institute haben sich in ihren Gemeinschaftsgutachten in der zurückliegenden Zeit zum Teil eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, auf welchen Gebieten diese Verbesserung der Rahmenbedingungen besonders dringlich ist und hierzu Vorschläge unterbreitet. Im vorliegenden Gutachten wird deshalb auf eine umfassende Darstellung der Möglichkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen verzichtet.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1985 und 1986

	1984 ¹⁾	1985 ²⁾	1986 ²⁾	1985		1986	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾
1. Entstehung des Sozialprodukts							
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,1	0,5	1	0,6	0,5	1	1
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	- 0,5	- 0,5	- 0,2	- 1	- 0,5	- 0,5
Arbeitstage 3)	- 0,2	- 0,5	0	- 0,9	0,5	0	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0	- 0,5	0	- 0,5	0	0	0,5
Produktivität 4)	2,6	2,5	2,5	2,3	2,5	3	2
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,6	2,25	3	1,8	2,5	3,5	2,5

2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	987,5	1 021,5	1 072	490,9	530,5	515	557
Staatsverbrauch	350,2	364,5	380,5	168,4	196,5	175,5	205
Anlageinvestitionen	354,6	356,5	378,5	159,4	197	173,5	205
Ausrüstungen	137,6	155	170	68,6	86,5	76	94
Bauten	217,0	201	208	90,8	110,5	97	111
Vorratsveränderung	11,3	14	14	24,1	- 10,5	22,5	- 8,5
Außenbeitrag	50,1	75	93,5	30,7	44	46	47,5
Ausfuhr	587,5	656,5	706	317,6	339	344	362
Einfuhr	537,3	581,5	612,5	286,9	295	298	314,5
Bruttosozialprodukt	1 753,7	1 831	1 938,5	873,6	957,5	932	1 006,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,1	3,5	5	2,6	4	5	5
Staatsverbrauch	4,1	4	4,5	4,1	4	4	4,5
Anlageinvestitionen	3,0	0,5	6	- 1,0	2	8,5	4
Ausrüstungen	1,5	13	9,5	16,6	10	11	8,5
Bauten	4,1	- 7	3,5	- 11,2	- 4	7	0,5
Ausfuhr	11,6	12	7,5	12,6	11	8,5	6,5
Einfuhr	10,3	8,5	5,5	9,2	7,5	4	6,5
Bruttosozialprodukt	4,6	4,5	6	3,6	5	6,5	5

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	839,6	850,5	875	409,2	441,5	421,5	453,5
Staatsverbrauch	308,8	313,5	318,5	152,6	161	155	163,5
Anlageinvestitionen	314,9	310,5	323	139,5	171	149	174,5
Ausrüstungen	119,4	131,5	140,5	58,4	73	63,5	77
Bauten	195,5	179,5	182,5	81,1	98,5	85,5	97,5
Vorratsveränderung	9,2	12	13	18,6	- 6,5	17,5	- 4,5
Außenbeitrag	62,3	81	83	38,4	42,5	41,5	41,5
Ausfuhr	508,6	550,5	578,5	268,4	282	283,5	295
Einfuhr	446,3	469,5	496	230,0	239,5	242,5	253,5
Bruttosozialprodukt	1 534,8	1 568	1 612,5	758,3	809,5	784	828,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	0,6	1,5	3	0,4	2	3	2,5
Staatsverbrauch	2,4	1,5	1,5	1,4	1,5	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	0,8	- 1,5	4	- 3,0	0	6,5	2
Ausrüstungen	- 0,5	10	7	13,5	7,5	8,5	6
Bauten	1,6	- 8	2	- 12,2	- 4,5	5,5	- 1
Ausfuhr	8,0	8	5	9,0	7,5	5,5	4,5
Einfuhr	5,5	5	5,5	4,5	6	5,5	6
Bruttosozialprodukt	2,7	2,25	3	1,7	2,5	3,5	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1984 ¹⁾	1985 ²⁾	1986 ²⁾	1985		1986	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,5	2	2	2,2	2	2	2
Staatsverbrauch	1,7	2,5	2,5	2,6	2,5	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	2,2	2	2	2,0	2	2	2
Ausrüstungen	1,9	2,5	2,5	2,7	2,5	2,5	2,5
Bauten	2,5	1	1,5	1,2	1	1,5	1,5
Ausfuhr	3,3	3,5	2	3,3	3,5	2,5	2
Einfuhr	4,5	3	- 0,5	4,5	1,5	- 1,5	0,5
Bruttosozialprodukt	1,9	2	3	1,9	2,5	3	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	951,1	990,5	1 037	462,9	527,5	485,5	551,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	768,0	798	834	373,2	425	390,5	443,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	522,0	535,5	562	253,2	282	265,5	296,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	392,0	416,5	456,5	203,7	212,5	229,5	227
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	325,4	343	379	168,6	174,5	192,5	186,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseink. 5)	317,0	334,5	353,5	159,6	175	168	185,5
Nichtentnommene Gewinne	8,4	8,5	25,5	9,1	- 0,5	24	1
Volkseinkommen	1 343,1	1 407	1 493,5	666,6	740	715,5	779
Abschreibungen	220,7	231	243	114,2	117	120	123
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	189,9	193	202	92,8	100,5	97,5	104,5
Bruttosozialprodukt	1 753,7	1 831	1 938,5	873,6	957,5	932	1 006,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,2	4	4,5	3,4	5	5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,0	4	4,5	3,3	4,5	4,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,7	2,5	5	2,0	3	5	5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	3	3,5	2,6	3,5	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,6	2	4	1,4	2	4	4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,6	6	9,5	4,9	7,5	12,5	7
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,6	5,5	10,5	3,9	7	14	7
Entn. Gewinne u. Vermögenseink. 5)	8,9	5,5	5,5	5,7	5,5	5,5	6
Volkseinkommen	4,7	4,5	6	3,9	5,5	7	5
Abschreibungen	4,7	5	5	4,7	5	5	5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	4,1	1,5	4,5	0,1	3	5	4
Bruttosozialprodukt	4,6	4,5	6	3,6	5	6,5	5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	522,0	535,5	562	253,2	282	265,5	296,5
Empfangene laufende Übertragungen 6)	290,5	298	309,5	148,6	149,5	154	155,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	355,8	374	396	181,4	192,5	191,5	204,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,4	17	17,5	8,6	8,5	8,5	9
Geleistete laufende Übertragungen 7)	34,0	32	37	16,7	18,5	17,5	19,5
Verfügbares Einkommen	1 116,9	1 155	1 212,5	557,9	597	584,5	628
Privater Verbrauch	987,5	1 021,5	1 072	490,9	530,5	515	557
Ersparnis	129,4	134	140,5	66,9	67	69,5	71
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,6	11,5	11,5	12,0	11	12	11,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1984 ¹⁾	1985 ²⁾	1986 ²⁾	1985		1986	
	Jahre			1. Hj. ¹⁾	2. Hj. ²⁾	1. Hj. ²⁾	2. Hj. ²⁾
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	1,7	2,5	5	2,0	3	5	5
Empfangene laufende Übertragungen 6)	1,1	2,5	4	2,4	3	3,5	4
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	8,4	5	6	5,3	5	5,5	6,5
Verfügbares Einkommen	3,6	3,5	5	3,2	3,5	5	5
Privater Verbrauch	3,1	3,5	5	2,6	4	5	5
Ersparnis	6,9	3,5	5	7,7	- 0,5	4	6

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	439,1	460,5	478	215,7	245	224,5	253
Sozialbeiträge	305,5	321,5	337	151,2	170	158,5	178,5
Erwerbseinkünfte	31,2	33,5	33	16,8	16,5	17	16
Sonstige laufende Übertragungen	21,1	21,5	22	10,0	11,5	10	12
Empfangene Vermögensübertragungen	5,9	5,5	5,5	2,4	3	2,5	3
Einnahmen insgesamt	802,9	842	875	396,0	446	412,5	462,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	350,2	364,5	380,5	168,4	196,5	175,5	205
Zinsen	52,7	55,5	57,5	30,1	25,5	31	26,5
Laufende Übertragungen an	369,6	380,5	394,5	188,5	192	195	199,5
Private Haushalte	299,0	307	317,5	153,7	153	158,5	159
Unternehmen	40,0	41,5	42,5	18,9	22,5	19,5	23
Ausland	30,6	32	34,5	15,8	16	17	17,5
Geleistete Vermögensübertragungen	34,8	32,5	31,5	13,8	18,5	12,5	19
Nettoinvestitionen	29,5	28,5	31	10,6	18	12,5	18,5
Ausgaben insgesamt	836,7	861,5	895	411,3	450,5	426,5	468
Finanzierungssaldo	- 33,8	- 20	- 20	- 15,3	- 4,5	- 14,5	- 5,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,9	5	4	3,7	6	4	3,5
Sozialbeiträge	4,8	5	5	4,8	5,5	5	5
Erwerbseinkünfte	1,7	7	- 1,5	5,6	8	0	- 3
Sonstige laufende Übertragungen	6,2	1	3	0,4	1,5	0,5	5,5
Empfangene Vermögensübertragungen	- 7,1	- 10,5	0,5	- 13,2	- 8	- 1	2
Einnahmen insgesamt	5,2	5	4	4,0	5,5	4	4
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,1	4	4,5	4,1	4	4	4,5
Zinsen	5,1	5	4	6,0	4,5	4	3,5
Laufende Übertragungen an	3,6	3	3,5	3,0	3	3,5	4
Private Haushalte	1,5	2,5	3,5	2,7	2,5	3	3,5
Unternehmen	12,3	4	2,5	2,7	5	3	2,5
Ausland	15,6	4,5	8	6,8	2,5	7,5	8,5
Geleistete Vermögensübertragungen	11,5	- 6,5	- 3	- 6,1	- 6,5	- 9,5	2
Nettoinvestitionen	- 1,1	- 3	8	- 10,5	1,5	19	1,5
Ausgaben insgesamt	4,0	3	4	2,9	3	3,5	4

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1985); Arbeitszeit und Produktivität nach eigenen Berechnungen; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. - 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. - 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. - 4) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. - 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. - 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen und der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen. - 7) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. - 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger** — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes. Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 66 **Handel mit Entwicklungsländern und Beschäftigung in der Europäischen Gemeinschaft.** Eine vergleichende Analyse für sechs EG-Länder anhand aktueller Import- und Exportströme im Handel mit Industrieprodukten. Von Dieter Schumacher. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 67 **Tarifpolitik und europäische Integration.** Von Bernhard Seidel. 176 S. 1981. DM 110,—.
- Heft 68 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975.** Von Henryk Bolik, Dieter Hölsken, Heinz Enderlein, Hartmut Kuhfeld, Norman Treinies, Dieter Wilken. Koordination: Heinz Enderlein und Hartmut Kuhfeld. 226 S. 1981. DM 112,—.
- Heft 69 **Staatliche Einflußnahme auf die Baunachfrage** — Eine Analyse für die Jahre 1965 bis 1980. Von Dieter Vesper. 262 S. 1981. DM 89,60.
- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigung und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 bis 1981. Von Kurt Hornschild. VII, 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik** —. Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 330 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.
- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer - 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.